

# Selbstorganisation der Verbraucher\*innen

Potenziale zur Vermeidung von sozialer Ungleichheit in Bedarfsfeldern des Konsums?

Herbert Klemisch und Moritz Boddenberg

Schlagwörter: Armut, Soziale Ungleichheit, Wohnungsmarkt, Selbstorganisation, Genossenschaft (STW) | Armut, Soziale Ungleichheit, Wohnen, Selbstorganisation, Genossenschaft (TheSoz)

## *Abstract*

*Potenziale für die Überwindung von Armut und sozialer Ungleichheit liegen auch heute in einer Rückbesinnung auf Eigenverantwortung und solidarische Werte, zum Beispiel wenn sich Initiativen und Unternehmen an genossenschaftlichen Prinzipien orientieren. Der Beitrag diskutiert, auf welche Weise Genossenschaften durch Eigeninitiative der Konsument\*innen zur Reduzierung von Wohnungsnot sowie Energie- und Ernährungsarmut beitragen können. Damit werden die Potenziale von Selbstorganisation der Verbraucher\*innen zur Überwindung sozialer Ungleichheit in den Blick genommen.*

---

Dieser Beitrag erscheint unter der Creative-Commons-Lizenz: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International | CC BY-SA 4.0

Kurzform | <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Lizenztext | <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/de/legalcode>

# 1 Beispiele für Armut in Konsumsektoren – Schlaglichter

Soziale Ungleichheit wird insbesondere seit der vielfach rezipierten Studie von Thomas Piketty über das „Kapital im 21. Jahrhundert“ (2014) vermehrt als gesellschaftliches Problem wahrgenommen und kontrovers diskutiert. Während die globalen Maßstäbe sozialer Ungleichheit häufig Gegenstand sozialwissenschaftlicher Debatte sind, zeigt sich auch innerhalb kapitalistischer Gesellschaften eine zunehmende Polarisierung der Sozialstruktur, die sich im Zuge der Corona-Pandemie noch weiter zu verschärfen droht. Marcel Fratzscher (2016) spricht in seiner Analyse „Warum Deutschland immer ungleicher wird“ von einem gesellschaftlichen Verteilungskampf und Christoph Butterwegge (2020) von einer zerrissenen Republik. Die Frage nach den Bedingungen und Auswirkungen sozialstruktureller Unterschiede ist durchaus umstritten, lässt sich soziale Ungleichheit doch anhand verschiedener Indikatoren ermitteln. Nach Uwe Schimank (2013, 84 ff.) ist vor allen Dingen das Erwerbseinkommen zentraler Faktor bei der Bestimmung sozialer Ungleichheit, wogegen beispielsweise Bildung und Konsum als kulturelles und soziales Kapital daraus abgeleitet werden (Bourdieu 1982). Eng verknüpft sind damit die Phänomene von Energie- und Ernährungsarmut sowie Wohnungsnot als Ausprägungen sozialer Ungleichheit im Feld des Konsums, die wir im Folgenden genauer in den Blick nehmen wollen. Denn in der Tat führt Armut in diesen Konsum- und Lebensbereichen zu starken Beeinträchtigungen und Benachteiligungen, deren Erforschung sich die kritische Konsumforschung stellen muss.

## 1.1 Energiearmut

Zunehmende soziale Ungleichheit wird besonders beim Thema Energiearmut sichtbar, die in Deutschland im Zuge der Energiewende zugenommen hat, was aber weniger auf den Ausbau der erneuerbaren Energien als auf die Privatisierung des Sektors zurückzuführen ist (Haas 2017, 397). Der Energiekonsum ist von zentraler Bedeutung für einen nachhaltigen Konsum und aus sozialwissenschaftlicher Perspektive (Brunner 2014, 14). Energieverbrauchsmuster

unterscheiden sich nicht nur nach Dimensionen wie Einkommen, Lebenszyklus, Wohnform und ethnischer Zugehörigkeit. Auch technisch-materielle Dimensionen wie Alter, Typ und Größe von Wohnungen und technischen Geräten spielen eine Rolle, ebenso wie Wissen, Einstellungen und soziale Normen (unter anderem Mentalitäten des Sparens oder Umwelteinstellungen). Steigende Energiepreise, sinkende oder stagnierende Einkommen und ein hoher Bestand energieineffizienter Gebäude und Wohnungen sind öffentlich wahrgenommene Aspekte von Energiearmut (Schaffrin, Smigiel und Großmann 2017). Hohe Energiekosten, Energieschulden, Abschaltungen sowie Einschränkungen des Energiekonsums auf Kosten der Gesundheit sind Charakteristika von Energiearmut, die sich aus dem Zusammenfallen von niedrigen Einkommen, hohen Energiepreisen und energieineffizienten Wohnungen und Geräten ergeben (Brunner 2014, 15). Hier fallen also die soziale, die ökonomische und die ökologische Dimension zusammen. Obwohl die einkommensschwachen Haushalte eine relativ niedrige energetische Lebensweise haben, sind die Lösungsmöglichkeiten in der Selbstorganisation begrenzt. Die Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden und technischen Geräten könnte ein Instrument zur Bekämpfung von Energiearmut sein, doch werden die Förderinstrumente zur Umsetzung in der Regel von tendenziell Einkommensstarken genutzt. Die Modernisierungsumlage zwingt Einkommensschwache dann zum Fortzug aus sanierten Wohnungen, wodurch sich die Polarisierung weiter verstärkt (Castello und Böcher 2018, 71 f.). Politische Forderungen zur Bekämpfung der Energiearmut liegen nach Ansicht der Verbraucherverbände daher in einer fairen Verteilung der Kosten der Energiewende, der Prüfung milderer Mittel vor Vollzug einer Energiesperre und dem flächendeckendem Ausbau von Beratungsangeboten (Schöllgen und Kosbab 2017, 486 ff.). Lösungsmöglichkeiten in Selbstorganisation lassen sich unter anderem in der sozialen Steuerung von Mieten sowie Modernisierungs- und Energiekosten durch Wohnungsgenossenschaften oder in der Umsetzung von Mieterstrommodellen mit sozialer Ausrichtung durch Energiegenossenschaften sowie im Engagement von Mieterinitiativen finden.

## 1.2 Wohnungsnot und Mietpreisbelastung

Neben der Energiearmut ist die Wohnungsnot ein weiterer Faktor der wachsenden sozialen Ungleichheit. Deutschland ist ein Mieter\*innenland mit einer Quote von über 55 Prozent. In Großstädten wie Leipzig, Frankfurt oder Berlin

wohnen sogar über 80 Prozent der Bevölkerung zur Miete. Wohnen ist wieder zu einem zentralen sozialpolitischen Thema geworden, in der nicht zuletzt die Enteignung großer Wohnungsbaugesellschaften gefordert wird. Insbesondere in Ballungsgebieten kommt es häufig zu regionalen Verknappungen, die zum Teil zu drastischen Mietpreissteigerungen führen. Bezahlbaren Wohnraum zu finden ist für viele Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen ein immer größeres Problem (Bontrup 2018). Denn die Wohnverhältnisse werden von der sozialen Lage bestimmt. Je geringer das Einkommen, desto schlechter die Wohnbedingungen. Alle wohnungspolitischen Akteure sind sich einig, dass es in Deutschland zu wenige Wohnungen gibt, um den Bedarf zu decken. Die Lücke liegt je nach Schätzung zwischen 1 und 1,5 Millionen Neubauwohnungen. Eine Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, basierend auf Daten aus dem Jahr 2014, kommt zu dem Schluss, dass bundesweit 1,9 Millionen bedarfsgerechte Wohnungen fehlen, davon 310.000 in Berlin, 150.000 in Hamburg, 86.000 in Köln und 79.000 in München (Holm et al. 2018). Der Mangel zeigt sich hier vor allem im Fehlen bezahlbaren Wohnraums für die breiten Schichten der Bevölkerung mit niedrigem und mittlerem Einkommen, bei denen der Mietanstieg immer weitere Teile des Einkommens aufzehrt. Aufgrund der fehlenden bezahlbaren Wohnungen müssen viele Mieter\*innen auf höherpreisige Angebote ausweichen und somit einen großen Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden. 19 Prozent der Mieter\*innen müssen sogar mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für die Miete aufwenden (Lebuhn et al. 2017). Die Einführung einer neuen Gemeinnützigkeit im Wohnungsbereich wäre neben dem Ausbau des öffentlich geförderten Wohnungsbaus ein erster Schritt zur Zurückdrängung der Privatisierungstendenzen im Wohnungsmarkt (Holm 2017). Genossenschaftliche Wohnprojekte oder solche, die ähnlichen Prinzipien folgen, sind Alternativen in der Form der zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation. Sie haben ein hohes Potenzial, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, da sie den profitorientierten Wohnungsmarkt ein Stück weit unterlaufen (Schöning 2017, 20). Mitglieder einer Wohnungsgenossenschaft empfangen nämlich nicht nur Leistungen, sondern sind zugleich Eigentümer\*innen und Mitentscheider\*innen. Zudem ist der im genossenschaftlichen Besitz befindliche Grund und Boden der Spekulation entzogen.

### 1.3 Ernährungsarmut

Ernährungsarmut ist ein Thema der ernährungssoziologischen Forschung. Konstatiert wird auch in Deutschland eine latent vorhandene relative Ernährungsarmut. Die Betroffenheit von Ernährungsarmut ist, wie in den anderen Sektoren, gekoppelt an die finanzielle Kaufkraft und betrifft vor allem die unteren Einkommensschichten, Rentner\*innen, Hartz-IV-Empfänger\*innen und Kinder mit alleinerziehenden Eltern, aber auch Studierende. Problematisch ist, dass Ernährungsarmut in Deutschland tendenziell immer noch negiert und ihre Eindämmung an Institutionen der ehrenamtlichen Fürsorge und der Privatwirtschaft delegiert wird (Pfeiffer 2014). Modelle zur Beseitigung sind etwa Suppenküchen oder „Die Tafeln“, die seit 1993 in Deutschland existieren und mittlerweile auf circa 950 Vor-Ort-Organisationen (Stand 2019) angewachsen sind. Nicht wenige sehen die Tafeln jedoch kritisch, da sie den Staat partiell aus einer politischen Verantwortung entlassen. Im Unterschied zu einer tatsächlichen Selbstorganisation stellen Wohlfahrtsverbände als saturierte Träger das organisatorische Gerüst und den Zugang zur Ehrenamtsstruktur her (Selke 2011). Hinzu kommt, dass die Tafeln zwar gewachsen, aber nicht flächendeckend tätig sind. Insbesondere Menschen in ländlichen und ostdeutschen Regionen profitieren nicht von ihren Dienstleistungen. Ein weiterer Vorwurf ist, dass die Tafeln zwar zur Reduzierung des Wegwerfverhaltens, aber nicht zur Aktivierung in Richtung Selbstorganisation beitragen. Alternativen der Selbstorganisation mit einer Ausgestaltung in Richtung eines nachhaltigen Ernährungskonsums wären daher eher Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft, Food-Coops, Initiativen zum Food Sharing, Abokistenanbieter oder Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften. Diese kombinieren eine nachhaltige Ausrichtung mit Selbstorganisation und solidarischer Ausrichtung. Sie verbinden die Aspekte regionaler und gesunder Nahrungsmittelversorgung.

## 2 Selbstorganisation als Strategie zur Bekämpfung von Armut – Potenziale der Selbstorganisation

Gesucht wird bei der Behebung der Folgen sozialer Ungleichheit in der Regel nach staatlichen Lösungs- und Umverteilungsansätzen. Politik, aber auch die Sozialwissenschaften, fragen dagegen eher selten, welche Möglichkeiten im Eigenengagement der Konsumierenden als Hilfe zur Selbsthilfe und damit zur Überwindung oder Reduzierung von Armut liegen.

Dabei gibt es klassischerweise immer wieder Lösungen in der Selbstorganisation der Verbraucher\*innen. Diese sind zwar nicht sonderlich verbreitet und nicht gesellschaftlicher Mainstream. Aber in letzter Zeit richtet sich das Interesse zumindest der Sozialwissenschaften wieder auf diese selbstorganisatorischen Projekte, die als „Reale Utopien“ (Wright 2017) oder „Halbinseln gegen den Strom“ (Habermann 2009) bezeichnet werden. Gesammelt, dokumentiert und zu Themenbezügen verdichtet werden diese Beispiele der Selbstorganisation unter anderem in den Publikationen „FuturZwei Zukunftsalmannach – Geschichten vom guten Umgang mit der Welt“ (Welzer, Giesecke und Tremel 2014; Giesecke, Hebert und Welzer 2016).

Anknüpfungspunkt in der Verbraucherforschung ist der schon etwas ältere Ansatz von Wilfried Nelles und Wolfgang Beywl (1984), die sich in einem vom BMBF geförderten Projekt mit der Frage beschäftigten, ob Selbstorganisation eine Alternative für Verbraucher\*innen sei. Dabei unternahmen sie einen ersten Versuch, das zu quantifizieren, was sie als neue Selbstorganisation definiert hatten:

„Sie sind explizit nicht-kommerziell und basisdemokratisch, informell und wehren sich damit sowohl gegen die Steuerung durch Geld (Profit) als auch durch bürokratische Macht. (...). Konkrete Inhalte sind unter anderem die Betonung von Beziehungen und Gemeinschaftsleben, Entscheidungsfindung durch den Diskurs Gleichberechtigter, genossenschaftliches Eigentum an Produktionsmitteln und Wiederannäherung an ein ökologisch angepasstes Leben.“ (Nelles und Beywl 1984, 80)

Die Autoren unterscheiden dabei weiterhin zwischen den Handlungsformen „Selbsthilfe“ und „Widerspruch“ als Protestform. Ermittelt wurden im Jahr 1984 18.000 Selbsthilfegruppen, denen auch 2.000 Betriebe der alternativen Ökonomie zugeordnet wurden, und 13.000 Widerspruchsgruppen (Nelles und Beywl 1984, 91). Dies ist die letzte systematische Erfassung von Selbsthilfeansätzen unter dem Blickpunkt der Verbraucherforschung.

### 3 Genossenschaften als Teil einer Praxis der Selbstorganisation

Bei den wenigen Analysen des Bürgerengagements bleibt zudem eine Organisationsform weitgehend ausgeklammert, die entstanden ist, um soziale Ungleichheit durch gemeinsames wirtschaftliches Engagement ihrer Mitglieder abzubauen. Gemeint sind die Genossenschaften, die unter dem Motto „Was einer nicht vermag, das vermögen Viele“ (Friedrich Wilhelm Raiffeisen) gegründet wurden, um Auswüchse sozialer Ungleichheit oder Armut einzudämmen und die Mitglieder mit preiswertem Wohnraum, erschwinglichen Lebensmitteln und Elektrizität zu versorgen. Wohnungs-, Konsum- und Elektrizitätsgenossenschaften sind genau zu diesem Zweck seit den 1850er-Jahren entstanden (Novy und Prinz 1985).

Eine Weiterentwicklung stellt die wissenschaftliche Diskussion um den Dritten Sektor dar, den eine Studie aus 2012 anhand der Rechtsform wie folgt definiert und dem in diesem Zusammenhang der Organisationsform der Genossenschaft Potenziale für die Selbstorganisation der Bekämpfung sozialer Ungleichheit zuschreibt:

„Die Organisationen in den Rechtsformen von Vereinen, gemeinnützigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), gemeinnützigen Genossenschaften und Stiftungen haben in Deutschland ein besonderes Gewicht. Sie bilden den sogenannten Dritten Sektor und vertreten Mitgliederinteressen sowie die Anliegen Dritter.“ (Priller et al. 2012, 9)

In einigen wissenschaftlichen Expertisen werden Genossenschaften dem Bereich der Non-Profit-Organisationen zugeordnet, obwohl ihr Satzungszweck wirtschaftlich ausgerichtet ist. Hier treten vor allem Sozialgenossenschaften in das Blickfeld der Betrachtung. Folgt man einem engen Verständnis, dann werden diese explizit dem Bereich der Sozialwirtschaft zugeordnet. Es lassen sich drei Formen unterscheiden: Sozialgenossenschaften Betroffener, solidarische Genossenschaften zur Förderung Dritter sowie professionelle Genossenschaften von Beschäftigten im Sozialen Sektor (Thürling 2017, 461). Einem weiten Verständnis nach kann man Sozialgenossenschaften als gemeinwesenorientierte Genossenschaften bezeichnen (Göler von Ravensburg 2015, 153 f.). Dies kommt dem hier verfolgten Verständnis von Genossenschaften nahe. Wir sehen Genossenschaften als Formen der Selbstorganisation zur Wahrnehmung von Aufgaben, die aufgrund des Versagens gesellschaftlicher und marktwirtschaftlicher Kräfte durch bürgerschaftliches Engagement ein Äquivalent schaffen. Diese nehmen wir in den Bereichen Energie, Wohnen und Ernährung näher in den Blick. Wir folgen dabei der Feststellung einer Studie für das BMWi zu den Gründungspotenzialen von Genossenschaften, in der die Autoren konstatieren: „Grundsätzlich ist die Genossenschaft die ideale Rechtsform für Unternehmensgründungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements“ (Blome-Drees, Degens und Schimmele 2017, 426).

### 3.1 Genossenschaften als sozialreformerisches Experiment

Nicht alle Initiativen der Selbstorganisation von Verbraucher\*innen sind Genossenschaften, doch viele Organisationen sind genossenschaftlich ausgerichtet, auch wenn sie nicht als Genossenschaft eingetragen sind. Generell arbeiten Genossenschaften nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe und der Selbstorganisation. Insbesondere die Genossenschaftsverbände in Deutschland versuchen eine Zuordnung zu einer sogenannten Alternativökonomie jedoch weit von sich zu weisen. In ihrer Sichtweise sind Genossenschaften Unternehmen, die sich an den Prinzipien der Marktwirtschaft orientieren. Sie stützen sich dabei auf das Genossenschaftsgesetz, das diese wie folgt definiert:

„Genossenschaften sind Gesellschaften von nicht geschlossener Mitgliederzahl, deren Zweck darauf ausgerichtet ist, den Erwerb oder die Wirtschaft ihrer Mitglieder oder deren soziale und kulturelle Belange durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern.“ (Geschwandtner und Helios 2006, 37)



Hinsichtlich der Genossenschaftlichkeit von Unternehmen gilt es zwischen der rechtlichen Frage und der sozialen Organisation zu unterscheiden. Danach erscheint es sinnvoll, Genossenschaftlichkeit anhand der vier wesentlichen Charakteristika einer Genossenschaft zu reflektieren: dem Förder-, dem Identitäts-, dem Demokratie- und dem Solidaritätsprinzip (Klemisch und Boddenberg 2012, 571).

- Förderwirtschaftliches Agieren ist ein entscheidendes Charakteristikum genossenschaftlicher Unternehmen. Der förderwirtschaftliche Auftrag wurde für eingetragene Genossenschaften (eG) sogar im Gesetz verankert. Er besagt: Nicht die Verwertung von Kapital und das Erwirtschaften von Gewinn soll Hauptzweck einer Genossenschaft sein, sondern die Förderung der Mitglieder in dem Geschäftsfeld, in dem sie angesiedelt ist.
- Das empirisch am leichtesten überprüfbare genossenschaftliche Prinzip und somit das eindeutigste Erkennungsmerkmal stellt das Identitätsprinzip dar. Zwei Rollen, die sich sonst am Markt gegenüberstehen, fallen in der Personengruppe der Genossenschaftler zusammen. Bei der Wohnungsbau-genossenschaft sind es Mieter\*innen und Vermieter\*innen, in der Konsumgenossenschaft Verbraucher\*innen und der Handel in der Produktivgenossenschaft Kapitaleigner und Beschäftigte.
- Mit dem dritten Prinzip, dem Demokratieprinzip „ein Mensch, eine Stimme“, werden Genossenschaften am stärksten verbunden. Unabhängig von der Anzahl der eingebrachten Kapitalanteile, der Erfahrungen oder der Position im Betrieb, verfügt jedes Mitglied in der Generalversammlung formal über das gleiche Stimmrecht (Klemisch und Vogt 2012, 23 f.).
- Das Solidaritätsprinzip als viertes Prinzip soll an dieser Stelle besonders betont werden, auch wenn es unter Genossenschaftstheoretikern als das umstrittenste gilt. Bekannter ist der Begriff „Genossenschaftsgeist“ (Hettlage 1990, 123-152). Mit diesem Prinzip wird das Thema Unternehmenskultur in besonderem Maße tangiert, geht es hierbei doch um die Ausprägung genossenschaftsspezifischer Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen. Durch die Betonung und konsequente Anwendung bestimmter Werte und der damit verbundenen Verhaltensweisen kann in genossenschaftlichen Unternehmen eine höhere Stabilität erreicht werden. Das gilt vor allem für die Gründungsphase der Genossenschaft, aber auch für die Zeiten intensiver sozialer Konflikte oder wirtschaftlicher Turbulenzen. Kommt hier das Solidaritätsprinzip nicht zum Tragen, besteht die Gefahr, dass eine Grün-

derung scheitert oder die betreffende Genossenschaft in Krisenzeiten relativ schnell auseinanderfällt. Für das Solidaritätsprinzip stehen: gemeinsame Investitionen, Nachbarschaftshilfe, Wohnungstausch und das Teilen von Produkten und Dienstleistungen. Genossenschaften sind danach ein Teil der Selbstorganisation der Konsument\*innen.

In Deutschland hat es historisch schon immer zwei Strömungen innerhalb der Genossenschaftsbewegung gegeben. Diese fanden in der von 1902 bis 1933 gespaltenen Geschichte der Genossenschaftsverbände ihren realen Ausdruck und hatten entscheidenden Einfluss auf die Frage der Verortbarkeit von Genossenschaften innerhalb der Diskussion um dezentrale Reformansätze. Für Arno Mersmann und Klaus Novy gelten Genossenschaften erst dann als sozialreformerisch,

„[...] wenn sie nicht bloß der Besserstellung einer Sondergruppe dienen, wenn umgekehrt also die wirtschaftlichen Vorteile der genossenschaftlichen Organisation prinzipiell verallgemeinerungsfähig sind. [...] [S]ozialreformerische Genossenschaften verstehen sich als Substitute zu Privateigentum und Marktwirtschaft („Kooperation statt Konkurrenz“, „Solidarismus“).“ (Mersmann und Novy 1991, 29 f.)

### 3.2 Genossenschaften und Solidarische Ökonomie

In der wissenschaftlichen Diskussion um die Praxis der Selbstorganisation der Verbraucher\*innen kommt auch der Begriff „Solidarische Ökonomie“ ins Spiel. Für deren Umsetzung in die wirtschaftliche Praxis spielen sozialreformerische Genossenschaften eine bedeutsame Rolle (Kerber-Clasen 2012, 283). Die „Solidarische Ökonomie“ wird als Sammelbegriff für die vielfältigen Formen der alternativen Ökonomie gebraucht. Darunter werden sowohl sozialreformerische Produktivgenossenschaften als auch andere Formen alternativen Wirtschaftens verstanden. Gemeint sind damit unter anderem Energiegenossenschaften, Dorfläden, Konsumgenossenschaften, fairer Handel, Wohnprojekte, Gemeinschaftsgärten, aber auch Tauschringe oder Regionalwährungen (Übersichten bieten Giegold und Embshoff 2008; Voß 2014). All diese Projekte weisen auf die Organisations- und Handlungsprinzipien Solidarität, Selbstorganisation, Kooperation, Demokratie und Gemeinwohlorientierung hin und haben eine hohe Identität mit den genossenschaftliche Organisationsprinzipien (Elsen 2011: 93 ff.).

Entscheidend sind die Affinitäten zwischen einer genossenschaftlich orientierten Arbeitsweise und den verschiedenen Formen der alternativökonomischen Produktionsstrategien. Zwei Protagonisten dieses Diskussionszusammenhangs, Giegold und Embshoff (2008, 12 ff.), verstehen darunter Formen des Wirtschaftens, die menschliche Bedürfnisse auf der Basis freiwilliger Kooperationen, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe befriedigen. Auch Altvater stellt fest, dass ein „nicht eng definierter Begriff der solidarischen Ökonomie möglicherweise der angemessenere [ist], um die Vielfalt des genossenschaftlichen und gemeinschaftlichen Wirtschaftens erfassen zu können“ (Altvater 2012, 55).

Große Übereinstimmung weist die Begrifflichkeit der Solidarischen Ökonomie mit den in Deutschland unter dem Begriff Gemeinwesenökonomie vertretenen Ansätzen auf. Bezogen auf ihre sozialen und politischen Ziele und auf ihre Arbeitsorganisation lassen sich Gemeinwesenökonomien der „Économie Sociale“ und somit dem „Dritten Sektor“ zwischen Staat und Markt zuordnen (Elsen 1998, 81). Da Genossenschaften Selbsthilfeorganisationen sind, die auf den Prinzipien der Selbstverwaltung und Selbstverantwortung beruhen, können sie somit als natürlicher Teil der solidarischen Ökonomie oder der Gemeinwohlökonomie beschrieben werden. Sie scheinen in hohem Maße geeignet für eine Selbstorganisation der Verbraucher\*innen.

Genossenschaften können als relevanter Teil einer kooperativen Marktwirtschaft bezeichnet werden und sind damit Teil emanzipatorischer Alternativen, die Eric Olin Wright (2017) als „Reale Utopien“ bezeichnet. Für Wright sind Genossenschaften eine heterogene Gruppe von Wirtschaftsorganisationen. Er differenziert Genossenschaften in solche, die den Verbraucher\*innen gehören und indirekt von ihren Mitgliedern gesteuert werden, indem diese den Vorstand wählen, und Erzeugergenossenschaften, die sich zu verschiedenen Zwecken zusammenschließen, aber insbesondere zum Vertrieb und zur Vermarktung von Lebensmitteln, Wohnungsgenossenschaften, Solidaritätsgenossenschaften und Arbeitnehmergenossenschaften (Wright 2019, 70 f.).

## 4 Projekte im Bereich Wohnen, Energie, Solidarische Landwirtschaft, Dorfläden

Relevante Bereiche, in denen Projekte auch zur Behebung von Armut und sozialer Ungleichheit beitragen können, sind:

- Neues Wohnen als selbstorganisierte Alternative zu Wohnungsnot, hohen Mieten und Immobilienpreisen (Mietshäuser Syndikat und Dachgenossenschaften).
- Wohnungs- und Energiegenossenschaften, die Strom für ihre Mitglieder (Mieterstrom) nach sozialen Kriterien verteilen können (zwischen 2007 und 2015 wurden fast 1.000 neu gegründet).
- Solidarische Landwirtschaft: Hier sind 200 Betriebe und 150 weitere Initiativen entstanden. Das Prinzip der Bieterunden ermöglicht einkommensschwächeren Mitgliedern, sich an der Versorgung mit regionalen Lebensmitteln zu beteiligen.
- Etwa 200 Dorfläden versorgen Bewohner\*innen der ländlichen Räume mit Bedarfsgütern des alltäglichen Lebens. Diese können als gemeinwesenorientierte Sozialgenossenschaften bezeichnet werden (Göler von Ravensburg 2015, 150 ff.).

Diese werden im Folgenden exemplarisch vorgestellt.

### 4.1 Neues Wohnen als selbstorganisierte Alternative zu Wohnungsnot, hohen Mieten und Immobilienpreisen

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen hat sich in den letzten Jahren in fast allen deutschen Großstädten bemerkbar gemacht. Eine Reurbanisierung der Lebensverhältnisse ist verbunden mit zunehmender Deregulierung, Privatisierung und dem Verlust preisgebundener Wohnungsbestände. Davon sind alle Mieter\*innen abhängig, und das ist mehr als die Hälfte der deutschen Bevölkerung (Bontrup 2018, 119). Als Reaktion auf diese Entwicklung sind seit etwa 2010, oft unter dem Schlagwort „Recht auf Stadt“, lokale Protestbewegungen

gegen diese Entwicklungen entstanden. Häufig knüpfen sie an Traditionen des genossenschaftlichen Wohnungsbaus an, der in Deutschland auf eine breite Tradition zurückgreifen kann, mit einer Blütezeit in den 1920er-Jahren in enger Verbindung mit der Arbeiterbewegung. Sie sind entsprechend den genossenschaftlichen Grundprinzipien organisiert, in denen die Mitglieder der Genossenschaft sowohl Leistungsbeziehende (Mieter\*innen), Kapitalgeber\*innen und Entscheidungstragende sind. Heute tummeln sich unter dem Etikett des gemeinschaftlichen Wohnens sowohl privatwirtschaftlich ausgerichtete Baugruppen als auch Organisationen, die näher an der Gemeinwohlidee orientiert sind. Traditionelle Wohnungsgenossenschaften verfolgen mit ihrem genossenschaftlichen Förderzweck das Ziel, ihren Mitgliedern dauerhaft guten und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Ihre Mieten (Nutzungsgebühren) liegen häufig unter den ortsüblichen Vergleichsmieten und denen kommunaler Gesellschaften. Ein Problem dieser Variante ist allerdings die Versorgung einkommensschwacher Gruppen mit bezahlbarem Wohnraum durch die sozio-kulturelle Exklusivität der Organisation und die Schwelle einer Kapitalbeteiligung. Neue Wohnungsgenossenschaften in Selbstorganisation gründen sich heute vielfach mit dem Ziel der Errichtung alternativer Wohnformen, sie tragen damit aber nur begrenzt zur Überwindung der Knappheit an preisgünstigem Wohnraum in den Ballungsgebieten bei.

Beispiele für die an der Gemeinwohlidee orientierte Variante sind vor allem das seit den 1990er-Jahren existierende Mietshäuser Syndikat sowie einige Dachgenossenschaften. Das Ziel des Mietshäuser Syndikats ist es, die angeschlossenen Projekte dauerhaft dem Markt zu entziehen. Obwohl es sich um eine Nische handelt, ist der Verbund in letzter Zeit exponentiell gewachsen: Ihm gehörten in 2016 über 100 Wohnprojekte mit weit über 2.000 Bewohnern an (Balmer und Bernet 2017, 264). Bis 2019 ist die Anzahl der Projekte auf circa 1.000 gestiegen. Zur solidarischen Überwindung der Wohnungsnot müsste also, wie beim Mietshäuser Syndikat oder einigen mittelgroßen Genossenschaften (etwa der WoGeno München), ein lokaler Solidaritätstransfer-Mechanismus eingeführt werden, um das Solidaritätsprinzip umzusetzen. Hier gilt es einen Ausgleich zwischen oft älteren Wohnungsbesitzern und jüngeren Wohnungssuchenden herzustellen. Das bedeutet eine Vernetzung unter bestehenden Wohnprojekten und eine Strategie der Expansion, um mehr Mieter\*innen, die bisher profitorientierten Anbietern ausgeliefert waren, einen Weg in die Selbstverwaltung zu ermöglichen (Novy 1982).

Die Perspektiven und Potenziale einer genossenschaftlichen Strategie gegen Wohnungsknappheit und hohe Immobilienpreise sollten dringend weiterverfolgt und untersucht werden, um auch die Rahmenbedingungen für Selbstorganisation zu verbessern. Um in diesem engen Markt Lösungsmodelle in Selbstorganisation wirksam werden zu lassen, müssten dachgenossenschaftliche Modelle wie das Mietshäuser Syndikat als Hilfe zur Selbsthilfe weiterverfolgt werden (Balmer und Bernet 2017).

## 4.2 Energiegenossenschaften

Auch Bürgerenergiegenossenschaften können Mechanismen zum solidarisches Ausgleich unter den Nutzern der selbst erzeugten Energie verankern. In Mieterstromprojekten lassen sich angepasste Tarife für sozial schwache Haushalte vereinbaren und, was bei genossenschaftlichen Projekten eine Einstiegsvoraussetzung zur Mitbestimmung ist, der Einstieg in die Genossenschaft durch einen für sozial schwächer gestellte Mitglieder erschwinglichen Genossenschaftsanteil ausrichten. Damit kann in einer Form der dezentralen selbstorganisierten Energieversorgung ein Beitrag zum Abbau von Energiearmut geleistet werden. Obwohl sich der Mieterstrom insgesamt besonders zur Umsetzung der Selbstorganisation eignet, also die Rolle von Erzeuger und Verbraucher zusammenführt, werden aktuell kaum Mieterstrommodelle realisiert. Weder Energieversorgungsunternehmen noch die Wohnungswirtschaft entwickeln beziehungsweise betreiben entsprechende Geschäftsmodelle in einem nennenswerten Umfang; daran hat auch das Mieterstromgesetz bisher wenig geändert. Die Energiegewinner eG aus Köln sind in Nordrhein-Westfalen die erste Bürgerenergiegenossenschaft, die erfolgreich Mieterstromprojekte realisiert hat, allerdings ohne eine soziale Ausgestaltung der Tarifstruktur.

## 4.3 Projekte der Solidarischen Landwirtschaft

In Deutschland existierten 2018 etwa 200 Betriebe der Solidarischen Landwirtschaft (SoLawi) sowie 125 Gründungsinitiativen. Welche Dynamik dieser Sektor aufweist, wird deutlich, wenn man dies mit den aktuellen Zahlen vergleicht. Heute sind 267 Betriebe der Solidarischen Landwirtschaft gelistet und 49 weitere in Gründung (Stand 10. Januar 2020) (Ernte teilen 2020). Geht man von 100 Aktiven

pro Initiative aus, bewegen sich bundesweit im Bereich der Solidarischen Landwirtschaft etwa 30.000 Menschen. Zur Weiterentwicklung wurde ein Netzwerk von Solawi-Betrieben und -Initiativen gegründet (Netzwerk Solidarische Landwirtschaft). Die beteiligten Betriebe unterstützen sich durch Erfahrungsaustausch und gegenseitige Beratung. Es handelt sich meist um kleinere Betriebe, die teilweise noch andere Vermarktungsstrukturen neben der Solawi nutzen und sich häufig in der Nähe urbaner Zentren befinden (Boddenberg et al. 2017).

In einigen Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft findet ein sozialer Ausgleichsmechanismus statt. Dies sind unter anderem die sogenannten Bieterunden, in denen jedes Mitglied anonym angeben kann, wie viel sie oder er bereit ist, monatlich für die landwirtschaftlichen Produkte auszugeben. Das ist das solidarische Finanzierungssystem, weil diejenige, die wenig haben – Studierende oder Erwerbslose – in die Lage versetzt werden, einen reduzierten Beitrag zu leisten, der aber durch das Solidarverhalten anderer Gruppenmitglieder mitgetragen wird (Heintz 2018; Boddenberg et al. 2017).

Die Konfliktlinien in den Betrieben und Initiativen der Solidarischen Landwirtschaft verlaufen zwischen einer Commons-Orientierung und der wirtschaftlichen Ausrichtung, also zugespitzt zwischen einem warenförmigen und einem nicht warenförmigen Austausch. Hier sind die genossenschaftlichen Ausgestaltungen, wie das Kartoffelkombinat in München, eher an einem warenförmigen Austausch ausgerichtet, wogegen andere Beispiele sich der Form einer nachhaltigen Bewirtschaftung von lokalen Allmenderessourcen in Selbstorganisation und in starker Abgrenzung zu privatwirtschaftlichen Lösungen verpflichtet fühlen (Ostrom 1999).

#### 4.4 Dorfläden

Im Bereich Handel sind es in erster Linie Dorfläden, in der Rechtsform der Genossenschaft und des wirtschaftlichen Vereins, die das Engagement der Bürger\*innen nutzen können, um somit eine Alternative zur Fahrt in den außerhalb der Dörfer angesiedelten Discounter zu ermöglichen. Die Stärken von Dorfläden liegen in ihrer partizipativen und kooperativen Ausrichtung. Die Betreiber von Dorfläden ergeben sich nicht dem Schicksal der strukturellen Schwäche ländlicher Gebiete, sondern nehmen dieses als Hilfe zur Selbsthil-

fe selbst in die Hand. Durch die Kooperation mit regionalen Betrieben – zum Beispiel ansässigen Metzgereien, Bäckereien und landwirtschaftlichen Betrieben – können sie einen Beitrag zur Stärkung des regionalen Wirtschaftskreislaufs und der ökologischen Nachhaltigkeit leisten. Dorfläden stärken durch ihre Funktion den sozialen Austausch im Dorf und unterstützen zudem Möglichkeiten, dörfliche Kerne zu revitalisieren (Klemisch und Heins 2016).

Insgesamt wird die Zahl der Bürger-Dorfläden bundesweit auf über 200 geschätzt. Über 50 Dorfläden „von Bürgern für Bürger“, Initiativen und kommunale Nahversorger aus acht Bundesländern sind im Dorfladen-Netzwerk der „Bundesvereinigung multifunktionaler Dorfläden“ organisiert und erhalten zum Beispiel in Bayern auch eine staatliche Gründungsförderung. Auch wenn viele Dorfläden nicht in erster Linie darauf abzielen, hohe Gewinne zu erwirtschaften, so müssen sie sich doch langfristig auch ohne Subventionen finanziell tragen. Perspektivisch sollten Dorfläden nicht hauptsächlich ehrenamtlich betrieben werden. Es bedarf vielmehr der Zahlung anständiger Löhne, um das Engagement der Bürger entsprechend zu honorieren. Dabei ist ein Charakteristikum, dass es in diesen hybriden gemeinwirtschaftlichen Formen immer um ein Ausbalancieren von hauptamtlicher und ehrenamtlicher Tätigkeit geht. Dies gilt auch für die Lösungsmöglichkeiten in den anderen dargestellten Feldern.

## 5 Fazit – Potenziale der Selbstorganisation der Verbraucher\*innen

### 5.1 Fazit I: Selbstorganisation der Verbraucher\*innen

Über die dargestellten Beispiele hinaus gibt es eine Vielzahl von Projekten der Selbstorganisation der Verbraucher\*innen. Dabei variieren die Formen von Selbstorganisation. Neben Bürgerenergie, Neuem Wohnen, der Solidarischen Landwirtschaft und Dorfläden wären hier unter anderem zu nennen:



Repair Cafes, Urban Gardening, Tauschbörsen, Car-Sharing, Initiativen zur Elektromobilität, Reparaturwerkstätten, Peer-to-Peer Sharing-Initiativen. Obwohl es keine empirischen Untersuchungen hierzu gibt, kann festgestellt werden, dass Vielfalt und Umfang von Problemlösung in Selbstorganisation der Verbraucher\*innen wachsen. Dokumentierte Initiativen sind im „Zukunftsalmanach FuturZwei“ (Welzer, Giesecke und Tremel 2014; Giesecke, Hebert und Welzer 2016) oder im Internet unter der Nachhaltigkeitsplattform „Utopia“ ([www.utopia.de](http://www.utopia.de)) zu finden. Folgende gemeinsamen Merkmale lassen sich festhalten:

Bei nahezu allen Projekten der Selbstorganisation handelt es sich um soziale Innovationen, wenn man die Typen sozialer Innovation für nachhaltigen Konsum zugrunde legt (Jaeger-Erben, Rückert-John und Schäfer 2017, 36 ff.). Entstanden sind die Projekte der Selbstorganisation häufig aus einer ökologischen Motivation. Daher sind ökologische Entlastungseffekte und Ressourcenschonung nicht nur erwünscht, sondern auch fester Bestandteil der Motivation. Projekte der Selbstorganisation der Verbraucher\*innen orientieren sich aber nicht nur an der ökologischen Zielstellung von Nachhaltigkeit, sondern auch an der sozialen Ausrichtung. Insofern sind Gemeinschaftsorientierung, Solidarität und Hilfe zur Selbsthilfe zur Überwindung von Armut und Knappheit vielen beschriebenen Ansätzen immanent oder aus einer spezifischen Motivation zur Überwindung der sozialen Problemlage entstanden.

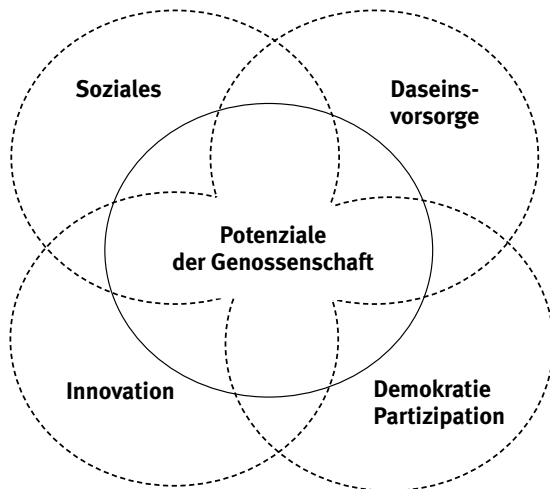


Abbildung 1: Potenziale der Genossenschaften (Eigene Darstellung).

## 5.2 Fazit II: Forschungsbedarf und Schlussfolgerungen

Eine Forschung zu Selbstorganisation als Möglichkeit der Verbraucherpolitik steht erst am Anfang. Dabei werden fast alle relevanten Bereiche der Verbraucherpolitik wie Ernährung und Gesundheit, Energie und Mobilität oder Wohnen tangiert. Hierzu werden Lösungen durch solidarisches Handeln auch zur Armut- oder Mangelbekämpfung erarbeitet, die eine Beteiligung der Betroffenen ermöglicht. Bisher existiert aber nur eine sektorale Forschung. So sind die Lösungen im Bereich der Vermeidung von Ernährungsarmut für Projekte wie „Die Tafel“ oder im Bereich der Modelle zur Bekämpfung der Wohnungsnot relativ gut dokumentiert. Selbstorganisatorische Lösungen im Sektor der Energiearmut oder der Aufrechterhaltung einer dörflichen Versorgungsstruktur in Eigeninitiative sind dagegen bisher noch wenig dokumentiert oder gar erforscht. Zudem fehlt ein systematisch gepflegtes Gesamtverzeichnis der Projekte und Initiativen. Ein solches Inventar aufzubauen, wie es zum Beispiel der Untersuchung der Dritten-Sektor-Organisationen zugrunde liegt, wäre ein erster Schritt. Gemeint ist damit die Erstellung einer Art Alternatives Branchenbuch.

Abschließen möchten wir unsere Ausführungen mit einem Plädoyer für mehr sozial-ökologische Forschung als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation in Richtung Selbstorganisation der Verbraucher\*innen und Nachhaltigkeit. Bezogen auf den Aspekt von Armutskonsum müsste dies an einem Ausbau der regionalen Infrastrukturen. Dies wird auch deutlich durch die Auswirkungen der Corona-Krise, die auf ein privatisiertes und nicht auf ein am Bedarf und am Gemeinwohl orientiertes Gesundheitswesen stößt, so auch Heribert Prantl in seinem Kommentar „Bittere Medizin“ (Prantl 2020). Infrastrukturpolitik meint mit Wolfgang Streeck eine lokale Fundamentalökonomie mit einer strikten Dezentralisierung als Basis (Streeck 2019).

Aber nochmals: Die Forschung zur Selbstorganisation als Möglichkeit der Verbraucherpolitik steht erst am Anfang. Es werden nur vereinzelte sektorale Zugänge verfolgt, obwohl die Initiativen der Selbstorganisation, wie gezeigt, in fast allen relevanten Feldern des Verbraucherschutzes, von der Ernährung über das Wohnen bis hin zu Energie und Umwelt, gefunden werden können. Dies ist verbunden mit einem Ansatz, der sich auf dezentrale und am Gemeinwohl orientierte Initiativen jenseits des Kapitalismus ausrichtet. So wie Wolfgang Streeck (2019) in seinem Aufsatz „Der alltägliche Kommunismus“ für

eine lokale Fundamentalökonomie mit örtlichen Mittel-, Klein- und Kleinstunternehmen und vor allem auch mit Genossenschaften plädiert, die ein staatlich garantiertes Gemeineigentum mit einer strikten Dezentralisierung verbindet, um die Ungleichheit der Lebensverhältnisse vor allem in ländlichen Regionen auszugleichen.

## Literatur

- Altwater, Elmar. 2012. Genossenschaft und gutes Leben – Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 57, Nr. 4: 53-63.
- Balmer, Ivo und Tobias Bernet. 2017. Selbstverwaltet bezahlbar wohnen? Potentiale und Herausforderungen genossenschaftlicher Wohnprojekte. In: *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*, hg. von Barbara Schöning, Justin Kadi und Sebastian Schipper, 260-279. Bielefeld: transcript.
- Blome-Drees, Johannes, Philip Degens und Clemens Schimmele. 2017. Ist die eingetragene Genossenschaft eine geeignete Rechtsform für kleine Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements? In: *Nonprofit-Organisationen und Nachhaltigkeit*, hg. von Ludwig Theuvsen, Rene Andeßner, Markus Gmür und Dorothea Greiling, 419-428. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Boddenberg, Moritz, Lenard Gunkel, Sarah Schmitz, Franziska Vaessen und Birgit Blättl-Mink. 2017. Jenseits des Marktes – Neue Praktiken der Versorgung in Zeiten der Krise. Das Beispiel solidarische Landwirtschaft. In: *Kapitalismus als Lebensform. Deutungsmuster, Legitimation und Kritik in der Marktgesellschaft*, hg. von Patrick Sachweh und Sascha Münnich, 245-274. Wiesbaden: Springer VS.
- Bontrup, Heinz-Josef. 2018. *Wohnst du noch...? Immobilienwirtschaft und Mieten kritisch betrachtet*. Hamburg: VSA.
- Bourdieu, Pierre. 1982. *Die feinen Unterschiede*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brunner, Karl-Michael. 2014. *Nachhaltiger Konsum und soziale Ungleichheit*. Wien: Arbeiterkammer.
- Butterwege, Christoph. 2020. *Die zerrissene Republik. Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland*. Weinheim: Beltz Juventa.

- Castello, Melanie und Michael Böcher. 2018. Soziale Kälte bei der Wärmewende. *Soziologie und Nachhaltigkeit* 4, Nr. 3: 51-79.
- Elsen, Susanne. 1998. Gemeinwesenarbeit und Gemeinwesenökonomie im Zeitalter der Globalisierung. In: *Solidarische Ökonomie und Empowerment: Jahrbuch Gemeinwesenarbeit* 6, hg. von Tilo Klöck, 69-98. Neu-Ulm: AG SPAK.
- . 2011. Solidarische Ökonomie: Die Wiederentdeckung der Commons und die ökosoziale Entwicklung des Gemeinwesens. In: *Ökosoziale Transformation: Solidarische Ökonomie und die Gestaltung des Gemeinwesens*, hg. von Susanne Elsen, 90-114. Neu-Ulm: AG SPAK.
- Ernte teilen. 2020. Bestehende Solawis und Solawis i.G. *Solidarische Landwirtschaft*. <https://www.solidarische-landwirtschaft.org/solawis-finden/aufzuehlung/solawis> (Zugriff: 10. Januar 2020).
- Fratscher, Marcel. 2016. *Verteilungskampf: Warum Deutschland immer ungleicher wird*. München: Hanser.
- Geschwandtner, Marcus und Marcus Helios. 2006. *Genossenschaftsrecht: Das neue Genossenschaftsgesetz und die Einführung der europäischen Genossenschaft*. Freiburg: Haufe.
- Giesecke, Dana, Saskia Hebert und Harald Welzer, Hrsg. 2016. *FuturZwei Zukunftsalmanach 2017/18: Geschichten vom guten Umgang mit der Welt*. Frankfurt: Fischer.
- Giegold, Sven und Dagmar Embshoff, Hrsg. 2008. *Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus*, in Kooperation mit der „Bewegungsakademie“ und der „tageszeitung“. Hamburg: VSA.
- Göler von Ravensburg, Nicole. 2015. Sozialgenossenschaften in Deutschland. *Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen* 65, Nr. 2: 135-154.
- Haas, Tobias. 2017. Energiearmut als neues Konfliktfeld in der Stromwende. In: *Energie und soziale Ungleichheit*, hg. von Katrin Großmann, Andre Schaffrin und Christian Smigiel, 377-402. Wiesbaden: Springer VS. Habermann, Friederike. 2009. *Halbinseln gegen den Strom*. Königstein: Helmer.
- Heintz, Veiko. 2018. *Solidarische Landwirtschaft: Betriebsgründungen, Rechtsformen und Organisationsstrukturen*. Hamm: Abl.
- Hettlage, Robert. 1990. „Solidarität“ und „Kooperationsgeist“ in genossenschaftlichen Unternehmungen. In: *Kooperatives Management*, hg. von Arbeitskreis für Kooperation und Partizipation e. V., 123-152. Baden-Baden: Nomos.

- Holm, Andrej. 2017. „Neue Gemeinnützigkeit“ und soziale Wohnungsver-sorgung. In: *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*, hg. von Barbara Schöning, Justin Kadi und Sebastian Schipper, 135-152. Bielefeld: transcript.
- Holm, Andrej, Henrik Lebuhn, Stephan Junker und Kevin Neitzel. 2018. *Wie viele und welche Wohnungen fehlen in deutschen Großstädten? Die soziale Versorgungslücke nach Einkommen und Wohnungsgröße*. Working Paper 63. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. [https://www.boeckler.de/pdf/p\\_fofoe\\_WP\\_063\\_2018.pdf](https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_063_2018.pdf).
- Jaeger-Erben, Melanie, Jana Rückert-John und Martina Schäfer. 2017. Do-it-yourself oder do-it-together? Eine Typologie sozialer Innovationen für nachhaltigen Konsum. In: *Soziale Innovationen für nachhaltigen Konsum*, hg. von Melanie Jaeger-Erben, Jana Rückert-John und Martina Schäfer, 23-50. Wiesbaden: Springer VS.
- Kerber-Clasen, Stefan. 2012. Produktivgenossenschaften und solidarische Ökonomie als Forschungs- und Praxisfeld: Eine Skizze. *WSI Mitteilungen* 65, Nr. 4: 281-288.
- Klemisch, Herbert. 2014. Energiegenossenschaften als regionale Antwort auf den Klimawandel, In: *Genossenschaften und Klimaschutz*, hg. von Carolin Schröder und Heike Walk, 149-166. Wiesbaden: Springer VS.
- Klemisch, Herbert und Moritz Boddenberg. 2012. Zur Lage der Genossen-schaften – tatsächliche Renaissance oder Wunschdenken? *WSI-Mitteilungen* 65, Nr. 8: 570-580.
- Klemisch, Herbert und Bernd Heins. 2016. Strukturwandel im ländlichen Raum. *Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 212: 55-60.
- Klemisch, Herbert und Walter Vogt. 2012. *Genossenschaften und ihre Potentiale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaft*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Lebuhn, Henrik, Andri Holm, Stephan Junker und Kevin Neitzel. 2017. *Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten: Bericht aus dem Forschungsprojekt „Sozialer Wohnungsbedarf“*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung. [https://www.boeckler.de/pdf\\_fof/99313.pdf](https://www.boeckler.de/pdf_fof/99313.pdf).
- Mersmann, Arno und Klaus Novy. 1991. *Gewerkschaften, Genossenschaften, Gemeinwirtschaft: Hat eine Ökonomie der Solidarität eine Chance?* Köln: Bund.

- Nelles, Wilfried und Wolfgang Beywl. 1984. *Selbstorganisation: Alternativen für Verbraucher*. Frankfurt am Main: Campus.
- Novy, Klaus. 1982. Solidargemeinschaften für Wohnungsverwaltung und -neubau: Ein Modell: Anmerkungen zum Verhältnis von Trägerformen und Finanzierungsalternativen. *Arch+* 61: 52-53.
- Novy, Klaus und Michael Prinz. 1985. *Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft*. Bonn: Dietz.
- Ostrom, Elinor. 1999. *Die Verfassung der Allmende*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Pfeiffer, Sabine. 2014. *Die verdrängte Realität: Ernährungsarmut in Deutschland: Hunger in der Überflussesgesellschaft*. Berlin: Springer.
- Piketty, Thomas. 2014. *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: C. H. Beck.
- Prantl, Heribert. 2020. Kommentar „Bittere Medizin“ zum Artikel „Kein Abschied von den Liebsten“. *Süddeutsche Zeitung* (11. April). <https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-gesundheitswesen-kommerzialisierung-1.4873867?reduced=true> (Zugriff: 8. Mai 2020).
- Priller, Eckhard, Mareike Alscher, Patrick Droß, Franziska Puls, Clemens Poldrack, Claudia Schmeißer und Nora Waitkus. 2012: *Dritte-Sektor-Organisationen heute: Eigene Ansprüche und ökonomische Herausforderungen*. Berlin: WZB.
- Schaffrin, Andre, Christian Smigiel und Katrin Großmann. 2017. Energie und soziale Ungleichheit in Deutschland und Europa: Eine Einführung. In: *Energie und soziale Ungleichheit*, hg. von Katrin Großmann, Andre Schaffrin und Christian Smigiel, 1-26. Wiesbaden: Springer VS.
- Schimank, Uwe. 2013. *Gesellschaft*. Bielefeld: transcript.
- Schöllgen, Claudia und Stephanie Kosbab. 2017. Energiesperren vermeiden, Energiearmut lindern: Erfahrungen aus Nordrhein-Westfalen. In: *Energie und soziale Ungleichheit*, hg. von Katrin Großmann, Andre Schaffrin und Christian Smigiel, 475-492. Wiesbaden: Springer VS.
- Schöning, Barbara. 2017. Sechs Thesen zur wieder mal „neuen“ Wohnungsfrage: Plädoyer für ein interdisziplinäres Gespräch. In: *Wohnraum für alle?! Perspektiven auf Planung, Politik und Architektur*, hg. von Barbara Schöning, Justin Kadi und Sebastian Schipper, 11-26. Bielefeld: transcript.
- Selke, Stefan, Hrsg. 2011. *Tafeln in Deutschland: Aspekte einer sozialen Bewegung zwischen Nahrungsmittelumverteilung und Armutsintervention*. Wiesbaden: Springer VS.
- Streck, Wolfgang. 2019. Der alltägliche Kommunismus. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 64, Nr. 6: 93-105.

- Thürling, Marlene. 2017. Sozialgenossenschaftliche Unternehmen in Deutschland: Begriff, aktuelle Entwicklungen und Forschungsbedarf. In: *Nonprofit-Organisationen und Nachhaltigkeit*, hg. von Ludwig Theuvsen, Rene Andeßner, Markus Gmür und Dorothea Greiling, 459-468. Wiesbaden: Springer Gabler.
- Voß, Elisabeth. 2014. *Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders wirtschaften ist möglich!* Neu-Ulm: AG SPAK.
- Welzer, Harald, Dana Giesecke und Luise Tremel, Hrsg. 2014. *FuturZwei Zukunftsalmanach 2015/16: Geschichten vom guten Umgang mit der Welt.* Frankfurt: Fischer.
- Wright, Erik Olin. 2017. *Reale Utopien.* Berlin: Suhrkamp.
- . 2019. *Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert.* Hamburg: VSA.

## Über die Autoren

**Dr. Herbert Klemisch** ist Sozialwissenschaftler und Projektleiter im Wissenschaftsladen Bonn, Arbeitsschwerpunkte: Genossenschaften, Erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit.

**Moritz Boddenberg, M.A.**, ist Soziologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Gesellschaftsanalyse und sozialen Wandel am Institut für Soziologie der Universität Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Praktiken des Transkapitalismus, Genossenschaften und Nachhaltigkeit.